

**Politisches Feuilleton**

Montag bis Samstag • 7:20

**22.3.2004****Europa nach dem 11. März 2004**

Von Ludwig Watzal

**Links**[← Politi](#)[← Politi](#)[⇒ Aktu](#)[⇒ Beitr](#)

Werden die Terroranschläge vom 11. März in Madrid, die mehr als 200 Menschen das Leben gekostet haben, nun auch die letzten Reste eines Widerspruchs gegen den weltweiten Krieg der USA gegen den Terror zum Schweigen bringen oder geht dieser Krieg jetzt erst richtig los, nachdem auch die Europäer erfahren mussten, dass mit Bin Laden und seinen Unterstützern nicht zu spaßen ist? Die Spanier haben aus diesem Verbrechen nicht die gleichen Konsequenzen gezogen wie die USA aus dem 11. September 2001. Wenn daraufhin US-Politiker wie der demokratische Senator Joseph Lieberman oder ein deutscher Groß-Kommentator aus Hamburg dem demokratisch gewählten spanischen Ministerpräsidenten Zapatero "Appeasement" à la 1938 vorwerfen, ist dies eine Verfälschung der Geschichte, ja Verleumdung. Nicht Zapatero gebührt Schelte, sondern Aznar, der in einer arrogant anmaßenden Haltung nicht nur sein Volk, sondern auch die EU für seine und US-amerikanische Zwecke in Geiselhaft genommen hat.

Schon wird in Europa vor einer "spanischen Grippe" gewarnt. Was wäre daran so tragisch? Wenn sich noch einige Regierungen auf die Mehrheitsmeinung ihrer Bevölkerungen besinnen würden, stünde es um ein politisch einheitlich handelndes Europa besser. Paris und Berlin haben die Signale Zapateros positiv aufgenommen. Die Europäer müssen alles tun, um ein amerikanisches Szenario zu vermeiden. Insbesondere Polen sollte die Zeichen der Zeit richtig deuten. Auch dort fühlt man sich von den USA "an der Nase herumgeführt", wie Staatspräsident Kwasniewski betonte. Und noch ein positives Signal könnte von der spanischen Wahl ausgehen: Der US-Souverän wird sich im November daran erinnern, dass ihr Präsident das Land in einen überflüssigen Krieg mit fabrizierten Argumenten geführt und damit den Interessen des amerikanischen Volkes großen Schaden zugefügt hat. Der von den Bush-Kriegern ausgerufene permanente Krieg gegen den Terror scheint potenziell gefährlicher zu sein als der Terrorismus selbst, stellte kürzlich in Berlin der amerikanische Philosoph Richard Rorty fest.

Der Konflikt zwischen den USA und Europa ist nicht nur ein Streit um die richtige Anti-Terror-Strategie, sondern auch ein Wertekonflikt. Es gibt die beschworene Wertegemeinschaft zwischen Amerika und Europa schon lange nicht mehr. Sie ist eine rhetorische Beschwörungsformel der Politiker. Die Bush-Regierung hat diese Wertebasis durch ihre Hegemonialpolitik zerstört. Die US-Gesellschaft hat sich innen- und außenpolitisch "Israelisiert", indem sie die klaustrophobe Sicht der Sharon-Regierung übernommen hat. Dieser Sicht zufolge sei die Welt voller Hass auf Israel und Amerika und wimmele nur so von Terroristen. Eine solche Denkweise ist den Europäern völlig fremd. Hierin liegt auch ein wichtiger Grund für das transatlantische Zerwürfnis.

Dass Europa alles gegen den Terror unternehmen muss, ist

selbstredend. Eine Militarisierung der Innenpolitik wäre aber das falsche Signal, weil sie eine vermeintliche Sicherheit vorgaukelt. Der El-Kaida-Terror à la Madrid oder à la American lässt sich weder mit martialischen Gesetzen noch mit totaler Überwachung verhindern. Wenn die europäischen Staaten ähnlich drakonisch reagieren wie die USA, bleiben Liberalität und Freiheit auf der Strecke. Die Geheimhaltungspolitik, wie sie von der Bush-Regierung und in Teilen von der EU betrieben wird, hat der freiheitlichen Kultur schwer geschadet. Im Namen der Nationalen Sicherheit wurde und wird die Demokratie Schritt für Schritt ihres Inhaltes entleert. Europa darf sich nicht zu einer Hochsicherheitstrakt entwickeln. Augenmaß und Zurückhaltung müssen über Regulierungswut obsiegen. Das "alte Europa" darf nicht sterben.

Der liberale Rechtsstaat hat genügend Instrumente, um mit Terroristen fertig zu werden. In Deutschland gibt es alleine 37 staatliche Einrichtungen, die sich um die Sicherheit kümmern. Eine Optimierung ihrer Effizienz ist angesagt; eine solche muss auch auf europäischer Ebene erfolgen. Letztendlich müssen aber die Ursachen des Übels beseitigt werden: die Lösung des Nahostkonfliktes und die Beendigung der Besetzung des Iraks. Die USA müssen verstehen, dass die "Israelisierung" ihrer Politik ihre Glaubwürdigkeit völlig untergräbt und die Demokratisierung Iraks und des Nahen Osten durch B 52-Bomber ein Eigentor war. Dem Terror würde durch die Beendigung beider Abenteuer die Grundlage weitgehend entzogen. Darauf sollten die Europäer hinwirken.

**Ludwig Watzal**, Jahrgang 1950, zählt zu den profiliertesten deutschen Nahost-Experten. Er studierte Politische Wissenschaften in Berlin, internationale Beziehungen in Philadelphia, Philosophie in München und katholische Theologie in Würzburg.